

Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Gemeinde Kottmar

Aufgrund von § 4 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) und § 7 des Sächsischen Bestattungsgesetzes in der jeweils aktuellen Fassung hat der Gemeinderat der Gemeinde Kottmar am 15.12.2022 die Friedhofsordnung für die kommunalen Friedhöfe der Gemeinde Kottmar beschlossen:

Inhaltsübersicht

I. Allgemeines

- § 1 Leitung und Verwaltung
- § 2 Benutzung des Friedhofs
- § 3 Schließung und Entwidmung
- § 4 Beratung
- § 5 Entgelte

II. Ordnungsvorschriften

- § 6 Öffnungszeiten
- § 7 Verhalten auf dem Friedhof
- § 8 Gewerbliche Arbeiten auf dem Friedhof

III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

- § 9 Anmeldung der Bestattung
- § 10 Feierhalle, Abschiedsraum
- § 11 Musikalische Darbietungen
- § 12 Ruhezeiten
- § 13 Grabgewölbe
- § 14 Ausheben der Gräber
- § 15 Belegung, Wiederbelegung, Graböffnung
- § 16 Umbettungen
- § 17 Säрге und Urnen

IV Grabstätten

A. Allgemeine Bestimmungen

- § 18 Vergabebestimmungen
- § 19 Herrichten, Instandhaltung und Abräumen der Grabstätten
- § 20 Verkehrssicherungstechnische Mindestanforderungen an Grabmale
- § 21 Genehmigungspflicht für Grabmale und bauliche Anlagen
- § 22 Instandhaltung der Grabmale
- § 23 Schutz wertvoller Grabmale und Grabstätten
- § 24 Entfernen von Grabmalen

B. Reihengrabstätten

- § 25 Rechtsverhältnisse an Reihengrabstätten

C. Wahlgrabstätten
§ 26 Rechtsverhältnisse an Wahlgrabstätten
§ 27 Übergang von Rechten an Wahlgrabstätten

D. Erbbegräbnisse
§ 28 Übergang von Rechten an Erbbegräbnissen

E. Urnengemeinschaftsanlage
§ 29 Allgemeines

V. Gestaltung von Grabstätten
§ 30 Allgemeine Gestaltungsvorschriften

VI. Haftung, Ordnungswidrigkeiten
§ 31 Obhuts- und Überwachungspflicht, Haftung
§ 32 Ordnungswidrigkeiten

VII. Schlussbestimmung
§ 33 Inkrafttreten

Präambel

Der Friedhof ist ein Ort, auf dem die Verstorbenen bestattet werden und ihre letzte Ruhe finden. Er ist aber auch ein Ort des persönlichen Gedenkens an die Toten, ein Ort der Besinnung und des Bewusstwerdens an die eigene Vergänglichkeit.

I. Allgemeines

§ 1

Leitung und Verwaltung

- 1) Die Friedhöfe im OT Obercunnersdorf und im OT Ottenhain stehen im Eigentum der Gemeinde Kottmar. Träger der Friedhöfe ist die Gemeinde Kottmar.
- 2) Leitung und Aufsicht liegen beim Bürgermeister/Gemeinderat. Er benennt den Verantwortlichen für Pflege und Unterhaltung der Anlagen bzw. ist verantwortlich für die Vergabe der Pflege und Unterhaltungsarbeiten an private Anbieter.

§ 2 Benutzung des Friedhofes

- 1) Die Friedhöfe sind bestimmt zur Bestattung aller Personen, die bei ihrem Ableben ihren Wohnsitz im Bereich der Gemeinde Kottmar hatten oder ein Recht auf Bestattung in einer bestimmten Grabstätte besaßen.
- 2) Ausnahmen sind möglich, bedürfen aber der Genehmigung des Friedhofsträgers.

§ 3 Schließung und Entwidmung

- 1) Die Friedhöfe, einzelne Friedhofsteile oder einzelne Grabstätten können aus einem wichtigen Grund beschränkt geschlossen, geschlossen und entwidmet werden.
- 2) Nach der beschränkten Schließung werden Nutzungsrechte nicht mehr verliehen. Eine Verlängerung von Nutzungsrechten erfolgt lediglich zur Anpassung an die Ruhezeit. Beisetzungen dürfen nur noch in Grabstätten stattfinden, an denen im Zeitpunkt der beschränkten Schließung noch Nutzungsrechte bestehen, sofern die Grabstätten noch nicht belegt sind oder sofern zu dem genannten Zeitpunkt die Ruhezeiten abgelaufen waren. Eingeschränkt werden kann auch der Kreis der Beisetzungsberechtigten.
- 3) Nach der Schließung dürfen Beisetzungen nicht mehr vorgenommen werden.
- 4) Durch die Entwidmung wird die Eigenschaft als Ruhestätte der Verstorbenen aufgehoben. Die Entwidmung wird erst ausgesprochen, wenn keine Nutzungsrechte mehr bestehen, sämtliche Ruhezeiten abgelaufen sind und eine angemessene Pietätsfrist vergangen ist.
- 5) Schließung und Entwidmung werden öffentlich bekanntgegeben. Der Nutzungsberechtigte einer Wahlgrabstätte/Urnenwahlgrabstätte erhält außerdem schriftlichen Bescheid, wenn sein Aufenthalt bekannt oder ohne besonderen Aufwand zu ermitteln ist.
- 6) Folgende Friedhofsteile sind im Sinne der vorstehenden Bestimmungen beschränkt geschlossen: Auf dem Friedhof OT Obercunnersdorf, Feld IV, (hinterster Teilbereich - ehemaliger kommunaler Friedhof) Grundbuch Blatt 49 werden keine neuen Nutzungsrechte vergeben. Bestehende Nutzungsrechte werden bis zu deren Ablauf weitergeführt.

§ 4 Beratung

Der Nutzungsberechtigte kann sich zwecks Auskunftserteilung und Beratung in allen Fragen, die sich auf die Gestaltung von Grabmal und Grabstätte einschließlich deren Bepflanzung beziehen, an den Friedhofsträger wenden.

§ 5 Friedhofsgebühren

Für die Benutzung der von der Gemeinde Kottmar verwalteten Friedhöfe sind Gebühren nach der geltenden Friedhofsgebührensatzung zu entrichten.

II. Ordnungsvorschriften

§ 6 Öffnungszeiten

Die Friedhöfe im OT Obercunnersdorf und im OT Ottenhain besitzen keine festgelegten Öffnungszeiten. Das Betreten des Friedhofes sollte sich jedoch auf folgende Zeiten beschränken:

- | | | |
|----|-----------------|------------------------|
| a) | April – Oktober | 6.00 Uhr bis 21.00 Uhr |
| b) | November – März | 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr |

§ 7 Verhalten auf dem Friedhof

- 1) Jeder hat sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Den Anordnungen des Friedhofspersonals ist Folge zu leisten.
- 2) Kinder unter 14 Jahren dürfen die Friedhöfe nur in Begleitung Erwachsener betreten.
- 3) Auf den Friedhöfen ist es nicht gestattet:
 - a) die Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren – Kinderwagen, Rollstühle und Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung sind ausgenommen,
 - b) Waren aller Art, insbesondere Blumen, Kränze und gewerbliche Dienste anzubieten und dafür zu werben,
 - c) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung an Werktagen störende Arbeiten auszuführen,
 - d) gewerbsmäßig zu fotografieren,
 - e) Druckschriften ohne Genehmigung zu verteilen,
 - f) Abraum und Abfälle usw. außerhalb der dafür bestimmten Plätze abzulegen,
 - g) den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen, Einfriedungen und Hecken zu übersteigen und Rasenflächen, Grabstätten und Grabeinfassungen unberechtigt zu betreten, Blumen und Zweige auf fremden Gräbern und außerhalb der Gräber zu pflücken,
 - h) zu lärmern und zu spielen,
 - i) Hunde ohne Leine mitzuführen,
 - j) Ansprachen und musikalische Darbietungen außerhalb von Bestattungen ohne Genehmigung zu erhalten.

- 4) Die Gemeindeverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofes und der Ordnung auf ihm vereinbar sind. Erforderliche Genehmigungen sind rechtzeitig bei der Gemeindeverwaltung einzuholen.
- 5) Totengedenkfeiern und andere nicht mit einer Bestattung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung des Friedhofsträgers.

§ 8

Gewerbliche Arbeiten auf dem Friedhof

- 1) Bildhauer, Steinmetze, Gärtner, Bestatter und sonstige Gewerbetreibende bedürfen für die dem jeweiligen Berufsbild entsprechenden gewerblichen Tätigkeiten auf dem Friedhof der vorherigen Zulassung durch den Friedhofsträger, der den Rahmen der Tätigkeit festlegt.
- 2) Zugelassen werden nur solche Gewerbetreibende, die in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind und die Friedhofssatzung schriftlich anerkennen.
- 3) Bestatter müssen als Gewerbetreibende zugelassen sein und sollten eine berufsspezifische Fachprüfung abgelegt haben.
- 4) Sonstigen Gewerbetreibenden kann die Ausübung anderer als im Absatz 1 genannter Tätigkeiten gestattet werden, wenn dies mit dem Friedhofszweck zu vereinbaren ist. Absatz 2 und 7 gelten entsprechend.
- 5) Der Friedhofsträger kann im Einzelfall Ausnahmen zulassen, soweit ihnen keine gesetzlichen Regelungen oder Verordnungen entgegenstehen.
- 6) Der Friedhofsträger hat die Zulassung davon abhängig zu machen, dass der Antragsteller einen für die Ausübung seiner Tätigkeit ausreichenden Haftpflichtversicherungsschutz nachweist.
- 7) Die Zulassung erfolgt durch Ausstellung einer Berechtigungskarte. Die Zulassung kann befristet werden, wenn überwiegend öffentliche Interessen dies gebieten.
- 8) Der Friedhofsträger kann die Zulassung der Gewerbetreibenden, die wiederholt oder schwerwiegend gegen die Vorschriften der Friedhofsverwaltung verstoßen oder bei denen die Voraussetzungen der Absätze 2 und 3 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, auf Zeit oder Dauer durch schriftlichen Bescheid entziehen.
- 9) Die Gewerbetreibenden haften für alle Schäden, die sie oder ihre Mitarbeiter im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof verursachen. Bei Beendigung der Arbeiten ist der Arbeitsplatz wieder in einen ordnungsgemäßen und verkehrssicheren Zustand zu versetzen. Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen über die Dauer der Ausführung des jeweiligen Auftrags hinaus nicht auf dem Friedhof gelagert werden.
- 10) Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, die bei ihren Arbeiten anfallenden nicht kompostierbaren Abfälle vom Friedhof zu entfernen.

III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

§ 9

Anmeldung der Bestattung

Die Bestattung ist bei dem Friedhofsträger unter Vorlage der Bescheinigung des Standesamtes für die Beurkundung des Todesfalles oder eines Beerdigungserlaubnisscheines der Ordnungsbehörde rechtzeitig anzumelden. Wird die Bestattung in einer vorzeitig erworbenen Grabstätte beantragt, ist das Nutzungsrecht nachzuweisen.

Bestattungen finden an den Werktagen Montag bis Freitag statt.

§ 10

Feierhalle, Abschiedsraum

- 1) Die ehemalige Feierhalle im OT Obercunnersdorf wird nicht mehr für Trauerfeiern genutzt. Dafür steht der neu geschaffene Mehrzweckraum in der Kirche Obercunnersdorf zur Verfügung. Für dessen Nutzung ist eine Vereinbarung mit der evangelischen Kirchgemeinde abzuschließen.
- 2) Der Abschiedsraum im unteren Teil der Kapelle im OT Ottenhain kann bei Bestattungen als Stätte des Abschiedsnehmens benutzt werden. Das Aufstellen des Sarges im Abschiedsraum kann untersagt werden, wenn gesundheitliche Bedenken entgegenstehen. Während der Trauerfeier bleibt der Sarg geschlossen. Die Nutzung der Kapelle selbst ist über die evangelische Kirchgemeinde anzumelden.

§ 11

Musikalische Darbietungen

Für besondere musikalische Darbietungen bei Bestattungsfeiern auf den Friedhöfen oder im Abschiedsraum sind vorher Genehmigungen des Friedhofsträgers einzuholen.

§ 12

Ruhezeiten

Die Ruhezeit für Leichen und Aschen beträgt auf beiden Friedhöfen 25 Jahre. Für Bestattungen von Leichen von Kindern, die tot geboren oder vor Vollendung des 2. Lebensjahres gestorben sind, beträgt die Ruhezeit 10 Jahre.

§ 13

Grabgewölbe

- 1) Das Ausmauern und Betonieren von Gräbern sowie die Neuanlage von Grüften und Grabkammern ist nicht statthaft.

- 2) In vorhandene - baulich intakte Gräfte - dürfen Urnen beigesetzt werden; Särge, sofern keine hygienischen Vorschriften entgegenstehen. Der Nutzungsberechtigte ist verpflichtet, für den baulichen Erhalt der Gruftanlage zu sorgen.

§ 14

Ausheben der Gräber

- 1) Die Gräber werden vom Friedhofsträger oder in dessen Auftrag ausgehoben und wieder geschlossen.
- 2) Die Erdüberdeckung der einzelnen Gräber beträgt bis zur Erdoberfläche (ohne Grabhügel von Oberkante Sarg mindestens 0,90 m, von Obergrenze Urne mindestens 0,50 m.)
- 3) Die Gräber für Leichenbestattungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke gewachsene Erdwände getrennt sein.

§ 15

Belegung, Wiederbelegung, Graböffnung

- 1) In einem Sarg darf nur eine Leiche bestattet werden. Es ist jedoch zulässig, die Leiche einer Mutter und ihres neugeborenen Kindes oder die Leichen zweier gleichzeitig verstorbenen Geschwister im Alter bis zu einem Jahr in einem Sarg zu bestatten.
- 2) Die Beisetzung konservierter Leichen ist nicht zulässig.
- 3) Vor Ablauf der in dieser Friedhofssatzung festgesetzten Ruhezeiten darf ein Grab nicht wieder belegt werden.
- 4) Wenn beim Ausheben eines Grabes zur Wiederbelegung Sargteile, Gebeine oder Urnenreste gefunden werden, sind diese unter der Sohle des neu aufgeworfenen Grabes zu versenken. Werden noch nicht verwesene Leichen vorgefunden, so ist das Grab sofort wieder zu schließen und als Bestattungsstätte für Leichen für die erforderliche Zeit zu sperren.

§ 16

Umbettungen

- 1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- 2) Umbettungen von Leichen und Urnen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Friedhofsträgers sowie bei Leichen zusätzlich des Gesundheitsamtes. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden. Umbettungen aus einer Reihengrabstätte in eine andere Reihengrabstätte des gleichen Friedhofs sind nicht zulässig, ausgenommen sind Umbettungen von Amts wegen. Umbettungen aus Urnengemeinschaftsanlagen sind nicht zulässig.

- 3) Alle Umbettungen erfolgen nur auf schriftlichen Antrag und der Vorlage der Graburkunde. Bei Umbettungen auf andere Friedhöfe ist außerdem die Umbettungsgenehmigung der jeweiligen Friedhofsverwaltung vorzulegen. Bei allen Umbettungen muss das Einverständnis der nächsten Angehörigen (Ehegatte, Kinder und Eltern des Verstorbenen) durch schriftliche Erklärung nachgewiesen werden.
- 4) Alle Umbettungen werden vom Beauftragten der Friedhofsverwaltung durchgeführt. Der Zeitpunkt der Umbettung wird vom Friedhofsträger festgesetzt.
- 5) Die Kosten für die Umbettung und den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung ohne Verschulden der umbettenden Person entstehen, hat der Antragsteller zu tragen.
- 6) Der Ablauf der Ruhezeit und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- 7) Leichen und Aschen dürfen zu anderen als zu Umbettungszwecken nur auf Grund behördlicher oder richterlicher Anordnung ausgegraben werden.

§ 17

Särge und Urnen

- 1) Särge sollen höchstens 2,10 m lang und die Kopfenden einschließlich der Sargfüße nicht höher als 0,80 m und im Mittelmaß nicht breiter als 0,70 m sein. Sind in Ausnahmefällen größere Särge erforderlich, ist die Zustimmung des Friedhofsträgers bei Anmeldung der Bestattung einzuholen.
- 2) Die Särge müssen gegen das Durchsickern von Leichenflüssigkeit gesichert und genügend fest gearbeitet sein. Das Verwenden von Särgen, Sargausstattungen aus PVC, PE, PCP oder ähnlichen Materialien ist nicht gestattet.
- 3) Die Urnenkapsel muss aus zersetzbarem Material sein, die Überurne bei unterirdischer Aschenbeisetzung ebenfalls. Bei oberirdischer Aschenbeisetzung sind Überurnen aus Kunststoff nicht zulässig.

IV Grabstätten

A. Allgemeine Bestimmungen

§ 18

Vergabebestimmungen

- 1) Nutzungsrechte an Grabstätten werden unter den in dieser Satzung aufgestellten Bedingungen vergeben. An ihnen bestehen nur zeitlich begrenzte Rechte gemäß dieser Satzung. Der Nutzungsberechtigte erwirbt kein Eigentum an der Grabstätte.

- 2) Bei Neuvergabe von Nutzungsrechten muss der künftige Nutzungsberechtigte das Nutzungsrecht beim Friedhofsträger beantragen.
- 3) Die Grabstätten werden unterschieden in:
 - a) Reihengrabstätten für Sargbestattung
 - b) Reihengrabstätten für Urnenbestattung (entfällt auf dem Friedhof Ottenhain)
 - c) Wahlgrabstätten für Sargbestattung
 - d) Wahlgrabstätten für Urnenbestattung
 - e) Erbbegräbnisstätten
 - f) Ehrengabstätten
 - g) Urnengemeinschaftsanlagen (anonym oder mit Namenskennzeichnung)
- 4) Die Vergabe von Nutzungsrechten wird abhängig gemacht von der schriftlichen Anerkennung dieser Ordnung, insbesondere der erlassenen Gestaltungsvorschriften in § 30.
- 5) Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Verpflichtung zur Anlage und Pflege von Grabstätten.
- 6) Der Nutzungsberechtigte ist verpflichtet, dem Friedhofsträger Veränderungen seiner Wohnanschrift unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 19

Herrichten, Instandhaltung und Abräumen der Grabstätten

- 1) Zur gärtnerischen Anlage und Pflege ist der Nutzungsberechtigte verpflichtet, welcher entweder die Grabstätten selbst anlegen und pflegen oder einen zugelassenen Friedhofsgärtner damit beauftragen kann. Die Verpflichtung endet mit dem Ablauf des Nutzungsrechtes.
- 2) Jede Grabstätte ist mit einem Grabstein zu versehen. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung des Friedhofsträgers, welche bereits vor der Beisetzung erteilt sein muss.
- 3) Der Nutzungsberechtigte ist verpflichtet, nach Ablauf der Nutzungszeit (bei Wahlgrabstätten) bzw. der Ruhezeit (bei Reihengrabstätten) die Grabstätte zu beräumen. Dazu gehört auch das Entfernen vorhandener Hecken.
- 4) Reihengrabstätten müssen innerhalb von sechs Monaten nach der Bestattung, Wahlgrabstätten innerhalb von sechs Monaten nach dem Erwerb des Nutzungsrechts hergerichtet werden. Die gärtnerische Gestaltung ist mit dem Friedhofsträger vorher abzustimmen.
- 5) Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat der Nutzungsberechtigte auf schriftliche Aufforderung des Friedhofsträgers die Grabstätte innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Ist der Nutzungsberechtigte nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, genügt eine öffentliche Bekanntmachung und ein sechswöchiger Hinweis auf der Grabstätte. Bleibt die Aufforderung oder der Hinweis drei Monate unbeachtet, wird auf Kosten des Nutzungsberechtigten die Reihengrabstätte abgeräumt, eingeebnet und eingesät. Bei Wahlgrabstätten kann der Friedhofsträger die Grabstätten auf Kosten des jeweiligen Nutzungsberechtigten in Ordnung bringen lassen oder das Nutzungsrecht ohne Entschädigung

entziehen. Vor Entziehen des Nutzungsrechts ist der Nutzungsberechtigte unter Androhung des Entzuges noch einmal schriftlich aufzufordern, die Grabstätte in Ordnung zu bringen. Ist er nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, hat nochmals eine entsprechende öffentliche Bekanntmachung und ein entsprechender mehrwöchiger Hinweis auf der Grabstätte zu erfolgen. Wird das Nutzungsrecht entzogen, wird in dem Entziehungsbescheid der Nutzungsberechtigte aufgefordert, das Grabmal, Fundamente und sonstige bauliche Anlagen innerhalb von drei Monaten seit Unanfechtbarkeit des Entziehungsbescheides zu entfernen.

- 6) Bäume und Sträucher auf der Grabstätte dürfen nur in Abstimmung des Friedhofsträgers verändert oder beseitigt werden. Staudengewächse auf den Gräbern sollen die Höhe des Grabsteines nicht übersteigen. Hecken, die eine Grabstätte umfrieden und neu angelegt werden, dürfen eine Höhe von 0,30 m bei Urnen- und Reihengräbern bzw. 0,60 m bei Wahlgrabstätten für Sargbestattungen nicht überschreiten. Die Breite der Hecken darf maximal 0,15 m bei Urnen- und Reihengräbern bzw. 0,30 m bei Wahlgrabstätten für Sargbestattung betragen. Der Friedhofsträger ist befugt, auf Kosten des Nutzungsberechtigten stark wuchernde oder absterbende Hecken, Bäume und Sträucher zu beschneiden oder zu beseitigen, falls dieses zum Erfüllen des Friedhofszwecks erforderlich ist. Absatz 5 ist entsprechend anzuwenden. Verwelkte Blumen, Kränze usw. sind von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen.
- 7) Die Herrichtung, Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt ausschließlich dem Friedhofsträger.
- 8) Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Unkrautbekämpfungsmitteln sowie Kochsalz bei der Grabpflege ist nicht gestattet.
- 9) Kunststoffe und sonstige nicht verrottbare Werkstoffe dürfen in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebinden, Trauergestecken und Grabschmuck, ferner bei Grabeinfassungen sowie Pflanzenzuchtbehältern, die an der Pflanze verbleiben, nicht verwendet werden. Ausgenommen sind Steckvasen und Markierungszeichen.

§ 20

Verkehrssicherungstechnische Mindestanforderungen an Grabmale

Aus Gründen der Standsicherheit von Grabmalen beträgt die erforderliche Mindeststeinstärke bei Grabmalen bis 0,70 m Höhe 12 cm, über 0,70 m bis 1,00 m Höhe 14 cm und über 1,00 m Höhe 18 cm. Bei Grabmalen über 1,60 m Höhe ist die Standsicherheit statisch nachzuweisen. Grabmale, die die geforderte Mindeststärke unterschreiten, werden vom Friedhofsträger aus Gründen der Verkehrssicherheit auf Kosten des Nutzungsberechtigten wieder entfernt.

§ 21

Genehmigungspflicht für Grabmale und bauliche Anlagen

- 1) Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen bedarf der vorherigen rechtzeitigen

schriftlichen Genehmigung durch den Friedhofsträger. Auch provisorische Grabmale sind genehmigungspflichtig. Der Antragsteller hat sein Nutzungsrecht nachzuweisen. Antragsberechtigt ist allein der Nutzungsberechtigte bzw. der von ihm beauftragte Steinmetz.

- 2) Den Anträgen sind beizufügen:
 - a) Der Grabmalentwurf mit Grundriß und Seitenansicht im Maßstab 1:10 mit genauen Angaben über Art und Bearbeitung des Materials, über Abmessungen und Form des Steins sowie über Inhalt, Anordnung und Art der Schrift und des Symbols sowie der Fundamentierung und Verdübelung.
 - b) Soweit es zum Verständnis erforderlich ist, Zeichnungen der Schrift, der Ornamente und der Symbole im Maßstab 1:1 mit dem unter 2.a) genannten Angaben.
- 3) Die Bildhauer und Steinmetze haben nach den Richtlinien für das Fundamentieren und Versetzen von Grabdenkmälern des Bundesinnungsverbandes des Deutschen Steinmetz-, Stein- und Holzbildhauerhandwerks die Grabmale und baulichen Anlagen zu errichten und zu fundamentieren.
- 4) Die Errichtung und jede Veränderung aller sonstigen baulichen Anlagen bedürfen ebenfalls der vorherigen, rechtzeitigen schriftlichen Genehmigung des Friedhofsträgers. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend.
- 5) Die Genehmigung erlischt, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht binnen zwei Jahren nach der Genehmigung errichtet worden ist.
- 6) Provisorische Grabmale sind nur als naturlasierte Holzstelen oder –kreuze zulässig und dürfen nicht länger als zwei Jahre nach der Bestattung bzw. Beisetzung verwendet werden.
- 7) Bei Grabmalen und sonstigen baulichen Anlagen, die ohne Genehmigung errichtet oder verändert worden sind, ist der Friedhofsträger berechtigt, diese nach Ablauf eines Monats nach Benachrichtigung des Nutzungsberechtigten auf dessen Kosten entfernen zu lassen.
- 8) Bei der Anlieferung von Grabmalen oder sonstigen baulichen Anlagen ist dem Friedhofsträger der Genehmigungsbescheid vorzulegen. Die Aufstellung erfolgt im Einvernehmen mit dem Friedhofsträger.

§ 22

Instandhaltung der Grabmale

- 1) Die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen sind dauernd in ordnungsgemäßem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich dafür ist der jeweilige Nutzungsberechtigte.
- 2) Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, ist der Nutzungsberechtigte verpflichtet, unverzüglich Abhilfe durch zugelassene Bildhauer oder Steinmetze zu schaffen. Der Nutzungsberechtigte haftet für jeden Schaden, der von einem nicht verkehrssicheren Grabmal ausgehen kann.

- 3) Der Friedhofsträger ist verpflichtet, nach Beendigung der Frostperiode im Frühjahr Grabmale/Grabmalteile und sonstige baulichen Anlagen auf Verkehrssicherheit zu prüfen bzw. überprüfen zu lassen.
- 4) Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung des Friedhofsträgers nicht innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist der Friedhofsträger berechtigt, dies auf Kosten des Nutzungsberechtigten zu tun oder das Grabmal, die sonstige bauliche Anlage oder deren Teile nach Ablauf von drei Monaten von der Grabstätte zu entfernen. Ist der Nutzungsberechtigte nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, genügen eine öffentliche Bekanntmachung und ein sechswöchiger Hinweis auf der Grabstätte, bei Reihengrabstätten auf dem Grabfeld.
- 5) Bei Gefahr im Verzug kann der Friedhofsträger auf Kosten des Nutzungsberechtigten Sicherheitsmaßnahmen (z.B. Absperrungen, Umlegung von Grabmalen) sofort treffen.

§ 23

Schutz wertvoller Grabmale und Grabstätten

Künstlerisch oder geschichtlich wertvolle Grabmale, bauliche Anlagen sowie Grabstätten, die als besondere Eigenart des Friedhofs aus früheren Zeiten zu gelten haben, unterstehen dem besonderen Schutz des Friedhofsträgers.

Sie erhalten Bestandsgarantie.

§ 24

Entfernen von Grabmalen

- 1) Nach Ablauf des Nutzungsrechtes ist ein Antrag auf Auflösung der Grabstätte zu stellen. Nach schriftlicher Genehmigung sind die Grabmale, deren Fundamente und sonstige bauliche Anlagen durch den Nutzungsberechtigten zu entfernen. Sind die Grabmale, deren Fundamente, sonstige bauliche Anlagen nicht innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Nutzungsrechts entfernt, ist der Friedhofsträger berechtigt, sie zu entfernen und darüber zu verfügen. Die dem Friedhofsträger entstehenden Kosten trägt der Nutzungsberechtigte.
- 2) Vor Ablauf des Nutzungsrechtes dürfen Grabmale nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Friedhofsträgers entfernt werden.
- 3) Bei kulturhistorisch wertvollen Grabmalen gilt § 23.

B. Reihengrabstätten

§ 25

Rechtsverhältnisse an Reihengrabstätten

- 1) Reihengrabstätten sind Grabstätten für Leichen- und Aschenbestattungen, die im Todesfall der Reihe nach einzeln für die Dauer der Ruhezeit vergeben werden.
- 2) Reihengrabstätten werden eingerichtet für:
 - a) Leichenbestattung

<i>Verstorbene bis fünf Jahre</i>		
Größe der Grabstätte:	Länge 1,50 m	Breite 0,90 m
Größe des Grabhügels:	Länge 1,20 m Höhe bis 15 cm	Breite 0,60 m
<i>Verstorbene über fünf Jahre</i>		
Größe der Grabstätte:	Länge 2,50 m	Breite 1,25 m
Größe des Grabhügels:	Länge 1,80 m Höhe bis 15 cm	Breite 0,75 m
 - b) Aschenbestattung

Größe der Grabstätte:	Länge 1,00 m	Breite 1,00 m
-----------------------	--------------	---------------

Maße auf alten Grabfeldern werden hiervon nicht berührt.
- 3) In einer Reihengrabstätte darf nur eine Leiche oder eine Asche bestattet werden.
- 4) Über die Vergabe des Nutzungsrechtes an einer Reihengrabstätte wird eine schriftliche Bestätigung erteilt. In ihr ist die genaue Lage der Reihengrabstätte anzugeben.
- 5) Das Nutzungsrecht an einer Reihengrabstätte erlischt mit Ablauf der in dieser Ordnung festgesetzten Ruhezeit. Die Ruhezeit bzw. das Nutzungsrecht kann nicht verlängert werden
- 6) Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teilen von ihnen nach Ablauf der Ruhezeit sind sechs Monate vorher öffentlich und durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt gemacht.

C. Wahlgrabstätten

§ 26

Rechtsverhältnisse an Wahlgrabstätten

- 1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Leichen- und Aschenbestattungen, an denen auf Antrag im Todesfall ein Nutzungsrecht für die Dauer von 25 Jahren, beginnend mit dem Tage der Zuweisung vergeben und deren Lage gleichzeitig im Einvernehmen mit dem Erwerber bestimmt werden kann. In besonders begründeten Fällen kann auch zu Lebzeiten ein Nutzungsrecht vergeben werden.
- 2) Die einzelne Wahlgrabstätte ist 3,00 m lang und 3,00 m breit für Erdbestattungen. Die Maße für Urnen betragen 1,30 m lang und 1,10 m breit. Maße auf alten Grabfeldern werden hiervon nicht berührt.
- 3) Jede Urnengrabstätte ist mit einer Einfassung zu versehen, die prinzipiell vom Steinmetz auszuführen ist.
- 4) Wahlgrabstätten werden vergeben als zweistellige Wahlgrabstätten. In einer zweistelligen Wahlgrabstätte für Erdbestattungen dürfen zwei bestattet werden. In einer mit einer Leiche belegten Wahlgrabstätte können zusätzlich zwei Aschen bestattet werden.
- 5) In einer Wahlgrabstätte werden der Nutzungsberechtigte und seine Angehörigen bestattet. Als Angehörige im Sinne dieser Bestimmungen gelten: Ehepaare, Verwandte auf- und absteigender Linie sowie Geschwister, Geschwisterkinder und Ehegatten der Vorgenannten.
- 6) Über die Vergabe eines Nutzungsrechtes an einer Wahlgrabstätte wird eine schriftliche Bestätigung (Verlängerungsurkunde) erteilt. In ihr werden die genaue Lage der Wahlgrabstätte und die Dauer der Nutzungszeit angegeben. Dabei wird darauf hingewiesen, dass der Inhalt des Nutzungsrechtes sich nach den Bestimmungen der Friedhofsordnung richtet.
- 7) Bei Ablauf der Nutzungszeit kann das Nutzungsrecht auf Antrag und nur für die gesamte Grabstätte verlängert werden. Wird das Nutzungsrecht nicht verlängert, erlischt es nach Ablauf der Nutzungszeit. Über den Ablauf der Nutzungszeit informiert der Friedhofsträger sechs Monate vor Ablauf der Nutzungszeit durch öffentliche Bekanntmachung und Hinweis auf der betreffenden Grabstätte. Überschreitet bei einer Belegung oder Wiederbelegung von Wahlgrabstätten die neu begründete Ruhezeit die laufende Nutzungszeit, so ist das Nutzungsrecht mindestens für die zur Wahrung der Ruhezeit notwendigen Jahre für die gesamte Wahlgrabstätte zu verlängern.
- 8) Der Nutzungsberechtigte hat Grabzubehör vor einer Beerdigung entfernen zu lassen. Sofern beim Ausheben der Gräber Grabmale, Fundamente oder Grabzubehör durch die Friedhofsverwaltung entfernt werden müssen, sind die dadurch entstehenden Kosten durch den Nutzungsberechtigten zu tragen oder der Friedhofsverwaltung zu erstatten.

- 9) Es besteht kein Anspruch auf Verleihung oder Wiedererwerb von Nutzungsrechten an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte und auf Unveränderlichkeit der Umgebung, wenn dies aus Gründen der Friedhofsgestaltung im Rahmen des Friedhofszwecks nicht möglich ist.
- 10) Ein Nutzungsrecht kann auch erworben werden an unter Denkmalschutz stehenden Grabstätten. Auflagen, die zur Erhaltung der Grabstätte durch die zuständige Denkmalbehörde festgelegt werden, binden den Nutzungsberechtigten und seine Nachfolger im Nutzungsrecht.
- 11) Eine vorzeitige Rückgabe des Nutzungsrechts an unbelegten Grabstätten ist nur in begründeten Fällen durch schriftlichen Antrag möglich. Die Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte möglich. Eine Gebührenerstattung findet in diesem Fall nicht statt. Voraussetzungen bei einer vorzeitigen Rückgabe des Nutzungsrechts sind die Erfüllung der Mindestruhezeit, gemäß § 6 Abs.2 SächsBestG, sowie die Begleichung der Friedhofsunterhaltungsgebühr bis zum vereinbarten Ablauf der Nutzungszeit.

§ 27

Übergang von Rechten an Wahlgrabstätten

- 1) Schon bei der Verleihung des Nutzungsrechts soll der Erwerber für den Fall seines Ablebens seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen und ihm das Nutzungsrecht durch einen Vertrag übertragen, der erst im Zeitpunkt des Todes des Übertragenden wirksam wird.
- 2) Wird bis zum Ableben des Nutzungsberechtigten keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten über:
 - a) auf den überlebenden Ehegatten und zwar auch dann, wenn Kinder aus einer früheren Ehe vorhanden sind,
 - b) auf die ehelichen, nichtehelichen und Adoptivkinder,
 - c) auf die Stiefkinder,
 - d) auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,
 - e) auf die Eltern,
 - f) auf die leiblichen Geschwister,
 - g) auf die Stiefgeschwister,
 - h) auf die nicht unter a) bis g) fallenden Erben.
 Innerhalb der einzelnen Gruppen b) bis d) und f) bis h) wird jeweils der Älteste Nutzungsberechtigter. In Einzelfällen ist gesondert zu entscheiden.
- 3) Der Rechtsnachfolger hat dem Friedhofsträger den Übergang des Nutzungsrechtes unverzüglich anzuzeigen. Die Übertragung des Nutzungsrechtes wird dem neuen Nutzungsberechtigten schriftlich bestätigt. Solange das nicht geschehen ist, können Bestattungen nicht verlangt werden.

D. Erbbegräbnisse

§ 28

Übergang von Rechten an Erbbegräbnissen

- 1) Der Erwerber eines Erbbegräbnisses erlangt durch die Ausstellung der Verlängerungsurkunde das Recht, sich und seine Familienglieder (Ehegatten, Kinder, an Kindesstatt angenommene) nach Maßgaben des Platzes dort beerdigen zu lassen. Ein anderer Personenkreis muss in der Verlängerungsurkunde ausdrücklich benannt sein.
- 2) Das Nutzungsrecht am Erbbegräbnis wird auf die Dauer von 60 Jahren verliehen und darf innerhalb dieses Zeitraumes solange ausgeübt werden, als die Grabstätte gärtnerisch ordnungsgemäß in Stand gehalten wird. Andernfalls fällt das Erbbegräbnis einschließlich der darauf errichteten Denkmäler und Anlagen an den Friedhofsträger. Dieser darf jedoch darüber erst wieder verfügen, wenn seit der letzten Beisetzung 25 Jahre verstrichen sind. In begründeten Ausnahmefällen kann eine vorzeitige Rückgabe des Nutzungsrechts durch schriftlichen Antrag erfolgen, wenn seit der letzten Beisetzung 25 Jahre vergangen sind.
- 3) Jedes Erbbegräbnis darf nur einen Inhaber haben. Mehrere Rechtsnachfolger haben sich zu einigen, welcher von ihnen als Inhaber gelten soll. Zeigen sie den von ihnen vorgeschlagenen Inhaber nicht binnen drei Monaten seit Ableben des bisherigen Inhabers dem Friedhofsträger an, so kann dieser die Bestimmung treffen und den von ihm Benannten veranlassen, das Erbbegräbnis auf sich umschreiben zu lassen. Stellt dieser binnen einer Frist von weiteren zwei Monaten den Umschreibungsantrag nicht, so tritt die unter § 28 (2) Satz 2 bezeichnete Folge ein.
- 4) Eine Übertragung des Rechtes an dem Erbbegräbnis durch Rechtsgeschäft unter Lebenden ist nur nach vorheriger Genehmigung durch den Friedhofsträger möglich.

E. Urnengemeinschaftsanlagen

§ 29

Allgemeines

- 1) Auf beiden Friedhöfen sind Urnengemeinschaftsanlagen angelegt. Die Urnenplätze können je nach Anlage anonym, mit Gesamt-Namentafeln, als auch mit einheitlich großen Einzel-Namensplatte vergeben werden.
- 2) Alle Beisetzungen erfolgen der Reihe nach, die Auswahl bzw. Reservierung eines bestimmten Urnenplatzes ist nicht möglich.
- 3) Blumen und Grabbinde dürfen nur auf den dafür vorgesehenen Stellen abgelegt werden.

V. Gestaltung von Grabstätten

§ 30

Allgemeine Gestaltungsvorschriften

- 1) Grabmale und sonstige Grabausstattungen müssen der Würde des Ortes entsprechen.
- 2) Auf den Grabstätten sind insbesondere nicht zulässig, Grabmale
 - a) aus schwarzen Kunststein oder aus Gips,
 - b) mit in Zement aufgesetzten figürlichen oder ornamentalen Schmuck,
 - c) mit Farbaufstrich auf Stein,
 - d) mit Glas, Emaille, Porzellan oder Kunststoffen in jeder Form,
 - e) mit Lichtbildern.Das gilt entsprechend für sonstige Grabausstattungen.

VI. Haftung, Ordnungswidrigkeiten

§ 31

Obhuts- und Überwachungspflicht, Haftung

- 1) Dem Friedhofsträger obliegen keine über die Verkehrssicherungspflicht hinausgehenden Obhuts- und Überwachungspflichten. Der Friedhofsträger haftet nicht für Schäden, die durch nichtordnungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, seiner Anlagen und Einrichtungen, durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Im Übrigen haftet der Friedhofsträger nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit.
- 2) Nutzungsberechtigte haften für die schuldhaft verursachten Schäden, die infolge einer unsachgemäßen oder den Vorschriften der Friedhofsordnung widersprechenden Benutzung oder eines mangelhaften Zustands der Grabstätten entstehen. Sie haben den Friedhofsträger von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen, die wegen solcher Schäden geltend gemacht werden. Gehen derartige Schäden auf mehrere Nutzungsberechtigte zurück, so haften diese als Gesamtschuldner.
- 3) Absatz 2 findet sinngemäß Anwendung auf die nach § 8 zugelassenen Gewerbetreibenden, auch für deren Bedienstete.

§ 32

Ordnungswidrigkeiten

Die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten bzw. Ahndung von Verstößen gegen diese Ordnung bestimmt sich nach den Regelungen des § 23 des Sächsisches Bestattungsgesetzes.

VII. Schlussbestimmungen

§ 33

Inkrafttreten

Die Friedhofssatzung der kommunalen Friedhöfe der Gemeinde Kottmar tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft, gleichzeitig tritt die Friedhofsordnung für die kommunalen Friedhöfe der Gemeinde Kottmar vom 16.12.2014 außer Kraft.

Kottmar, den 16.12.2022

Görke
Bürgermeister

